



## Übersicht KandidatInnen nach Wahlkreis (Listenplatz)

1. Beate Schneberger (12)
2. Bernd Kirsch (7)
3. Simone Jahrsen (8)
4. Ingrid Hohmann de Palma (5)
5. Hans-Jürgen (Max) Goldkuhle (4)
6. Gerhard Darga (16)
7. Manuel Palma (6)
8. Siegfried Darga (1)
9. Chris Ludwig (3)
10. Andrea Hofer (2)
11. Annette Schwake (11)
12. Alfons Kraskes (15)
13. Hans-Josef (Hennes) Sander (13)
14. Bernhard Haverkamp (9)
15. Josef Steinhorst (10)
16. Gerd - Frederic Lummerzheim (14)

Für eine ökologische und  
soziale Politik in Ennigerloh

Kommunalwahl 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1. Ökologie
  - 1.1 Energiewende für Ennigerloh  
Abfallpolitik
  - 1.2 Verkehrswende
  - 1.3 Regionale Vermarktung
2. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit
  - 2.1 Politik von Frauen für Frauen
  - 2.2 Integration von MigrantInnen
  - 2.3 Asylrecht ist Menschenrecht
  - 2.4 Selbstbestimmtes Leben im Alter
  - 2.5 Schule, Jugend und Kinder
3. Ausblick: Eine nachhaltige Zukunft für Ennigerloh

## **Grün-Alternative Liste (GAL) Ennigerloh Wahlprogramm**

### **Für eine ökologische und soziale Politik in Ennigerloh**

Wir als **Grün-Alternative Liste Ennigerloh** möchten unseren Wählerinnen und Wählern sowie allen Interessierten mit diesem Wahlprogramm unsere Positionen für die Kommunalwahl im September 2004 und die zukünftigen Jahre darstellen. Maßgeblich sind für uns die vier Säulen Grüner Politik

- **gewaltfrei,**
- **basisdemokratisch,**
- **ökologisch und**
- **sozial.**

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die nachfolgend dargestellten Ziele von vielen Menschen in Ennigerloh mit getragen werden müssen, wenn sie Realität werden sollen. Außerdem bedeutet Kommunalpolitik für uns, die globalen Zusammenhänge der Weltpolitik im Blick zu haben und nicht nur Kirchturmspolitik zu betreiben.

# 1.Ökologie

Nach wie vor ist die Ökologie ein wesentliches Thema Grüner Alternativer Politik. Sie zieht sich, ähnlich wie die Frauenpolitik als Querschnittsthema durch alle Bereiche. So auch in unserem Wahlprogramm, wo Ökologie z. B. in den Kapiteln Verkehr, Energie, regionale Vermarktung natürlich ein Thema ist.

Generelle Forderung der GAL Ennigerloh:

## **Mehr Grün für unsere Stadt!**

Durch

- eine Entsiegelung von Flächen, statt weiterer unnötiger Versiegelung, bis hin zur Regenwasserverrieselung auf öffentlichen und privaten Grundstücken;
- Fassadenbegrünung - fördert Lebensräume für Kleintiere und trägt zum Schutz der Häuser bei;
- konsequente Anwendung der Baumschutzsatzung;
- besondere Förderung für verstärkte Regenwassernutzung;
- den Einsatz einer/s Umweltberaters/in und eines/r städtischen Energieberaters/in;

Wir fordern darüber hinaus den Einsatz ausschließlich umweltverträglicher Baumaterialien in städtischen Gebäuden und eine umweltverträgliche Gestaltung neuer Baugebiete.

## **1.1 Energiewende in Ennigerloh - eine Herausforderung für unsere kommunalen Stadtwerke!**

Die weitere Nutzung der Energie aus Atomkraft, Kohle, Erdöl und Erdgas führt schon heute zu Versorgungsnotstand, Subventionsmilliarden und Klimakatastrophe. Wir leben schon jetzt auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde.

Die Ennigerloher Stadtwerke und deren Gesellschafter (Stadtrat und -verwaltung) müssen den Weg der nachhaltigen, d.h. zukunftsfähigen Energieversorgung gehen.

Klimaschutz lässt sich konsequent bei der Energieversorgung umsetzen. Die wesentlichen Bausteine grüner Energiepolitik sind:

### **Energiesparen, der Einsatz erneuerbarer Energien und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung**

Diese Energiepolitik kann vor Ort umgesetzt werden, wobei sicherlich die Wegbereitung für den Ausbau der Windenergie ein kommunalpolitischer Meilenstein wäre, was in der jetzigen politischen Zusammensetzung des Rates nicht möglich zu sein scheint. Dadurch können mehr Arbeitsplätze im Service, im Anlagenbau und den Installationsbetrieben geschaffen werden als in gigantischen zentralen Kraftwerken.

Und hier liegen die neuen großen Chancen für die kommunalen Stadtwerke in Ennigerloh. Sie sind vor Ort erreichbar, kennen die lokalen Gegebenheiten und können einen umfassenden Service anbieten. All dies sind beste Voraussetzungen, um die Energiewende in Gang zu bringen.

## **Beispiele und Handlungsmöglichkeiten für die Einleitung der Energiewende in Ennigerloh sind:**

Werbung und Beratung für Zuschüsse von Land und Bund zu regenerativen Energien wie Sonne, Wind, Wasser und Biogas;  
Effektive Energiegewinnung durch dezentrale Blockheizkraftwerke.  
Biogasanlagen;  
Berücksichtigung von energiesparenden Maßnahmen bei der Bauleitplanung,  
die Stadtwerke müssen Serviceprogramme zur Energieeinsparung anbieten;  
Energiesparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden;

## **1.2 Abfallpolitik Vermeiden statt Verbrennen**

Die zentrale Lage, die Zementindustrie und die Steinbrüche haben Ennigerloh dazu prädestiniert, zur Müllstadt des Kreises Warendorf zu werden.

Wir setzen auf Müllvermeidung statt Müllverbrennung, denn Müllverbrennung verhindert jede echte Müllvermeidung, und auch die Müllsortierung und das Recyceln können nicht darüber hinweg täuschen, daß die Müllberge von Jahr zu Jahr größer werden.

Wir fordern in Ennigerloh

- eine umfassende Abfallberatung für die Menschen in unserer Stadt, eine intensive Aufklärung in Schulen und Kindergärten, sowie sozial gerecht gestaffelte Müllgebühren;
- ein Geschirrmobil, damit auf allen öffentlichen Veranstaltungen Mehrweggeschirr eingesetzt werden kann.

Es muss darum gehen, unser gesamtes Konsumverhalten zu verändern.

## **1.3 Verkehrswende In Ennigerloh auch ohne Auto - Mobil**

Ziel unserer Verkehrspolitik ist eine Verkehrswende, die die Mobilität sichert und die Nutzung des Autos weitgehend entbehrlich macht.

Wir fordern für unsere Stadt

- bessere Anbindung an den DB - Bahnhof in Neubeckum, vor allem in den Abendstunden;
- diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahn- und Busstationen;
- Ergänzung des Busnetzes durch Anrufsammeltaxis oder Rufbussystem, besonders nachts;
- durch ein verbessertes Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs, besonders für Kinder und Jugendliche, das Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern
- eine fußgängerInnen- und fahrradfreundliche Umgestaltung des Straßenraums durch breite Geh- und Radwege, die nicht zugeparkt sind,

Forderungen für den Innenstadtbereich

- autofreie Zonen in der Innenstadt
- gut beleuchtete, breite Fahr- und Fußwege mit ungefährlichen Straßenübergängen dienen der allgemeinen Verkehrssicherheit, fördern eine autofreie Innenstadt, tragen zur Belebung bei, fördern die Kommunikation und heben die Lebensqualität.

## 1.4 Regionale Vermarktung für ökologische und genfreie Produkte

Anders als bei der klassischen Vermarktung ab Hof werden mit der „Regionalen Vermarktung“ die lokalen Produkte über den Handel an die VerbraucherInnen gebracht.

Eine solche Umorientierung ist angesichts der Situation, die geprägt ist von Lebensmittelskandalen und von Verunsicherung der VerbraucherInnen, dringend notwendig.

BSE, Antibiotika im Fleisch, Spritzmittel und chemische Zusätze, genmanipulierte und bestrahlte Lebensmittel etc. sind die täglichen Meldungen, die zu wachsender Verunsicherung und allergischen Reaktionen bei den Verbrauchern führen.

Deshalb ist wichtig

- Informationen darüber bereitzustellen, wo und zu welchen Zeiten es Einkaufsmöglichkeiten direkt auf dem Bauernhof gibt.
- Gastronomie und Einzelhandel für die regionalen ökologische und genfreien Produkte zu interessieren.
- Förderung regionaler ökologischer und genfreier Produkte in Kindergärten, Schulen, Altersheimen.

## 2. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit

Das Sozialstaatsgebot in unserer Verfassung (Art. 20, GG) verpflichtet den Staat

- jeder/m ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen
- für soziale Gerechtigkeit zu sorgen
- Chancengleichheit für sozial Benachteiligte zu schaffen

Verfassungsverpflichtung und soziale Wirklichkeit klaffen aber weit auseinander:

Von ca. 84 Mill. Menschen in Deutschland lebt ca. jede/r 10. in relativer Armut / Unterversorgung (gemessen an der EU- Norm von 50% des Netto - Durchschnittseinkommens )

- fast 3 Mio Menschen leben von ergänzenden Sozialhilfeleistungen der Sozialämter (Hilfe zum Lebensunterhalt)  
mit Dunkelziffer dürften es etwa 5 Mill. Menschen sein;
- etwa 1 Mio Menschen sind ohne Wohnung / Obdach
- ca. 7 Mio Menschen finden keinen Arbeitsplatz ( beim Arbeitsamt sind ca. 4,5 Mio offizielle gemeldet)
  - ca. 3 Mio Haushalte sind überschuldet.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde.

Dieser gigantische Reichtum ist äußerst ungleich verteilt.

Auch der Staat gehört zu den Armen. Die öffentliche Verschuldung beträgt mittlerweile 1,3 Bill. Euro.

Unter der öffentlichen Armut des Staates leiden vor allem die Bevölkerungsgruppen, die besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, z.B. Familien mit geringem Einkommen, kranke, alte und behinderte Menschen, überschuldete Haushalte, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen.

Armut und Unterversorgung erstreckt sich auf alle Lebensbereiche, sei es eine menschenwürdige Wohnung, die angemessene Gesundheitsversorgung, das Bildungsniveau, die Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsqualität oder die soziale und kulturelle Einbindung in die Gemeinschaft und gesellschaftliche Anerkennung.

Gegenwärtig wird die Sozialpolitik bestimmt durch die Maßnahmen der Bundesregierung, den Sozialstaat einseitig zu Lasten der Unterprivilegierten abzubauen. (Stichworte: Agenda 2010, Hartz-Gesetze, Gesundheits- und Rentenreform).

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II, der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kürzungen beim Sozialgeld für Angehörige der Arbeitssuchenden und Kürzungen beim neuen Bundessozialhilfegesetz werden noch mehr Haushalte in die wirtschaftlichen Armut drücken.

### **Für die GAL Ennigerloh hat die Bekämpfung der Armut einen hohen politischen Stellenwert:**

Wir wissen um die Finanznot der Kommunen. Auch unsere Gemeinde hat nur einen geringen sozialpolitischen Spielraum. Um so mehr setzen wir verstärkt auf bürgerschaftliches Engagement, um ideelle und materielle Zuwendungen für soziale Projekte und Initiativen zu erlangen.

### **Die GAL setzt sich ein:**

- Für die Förderung sozialer Vereine/Verbände und Selbsthilfeprojekte,
- Für eine aktive Beschäftigungspolitik; durch Einrichtung einer städtischen Beschäftigungsgesellschaft in Kooperation mit dem Verein Horizonte e.V.;
- durch eine offensive Wirtschaftsförderung insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben mit entsprechenden sozialen und ökologischen Standards;
- Für eine offensive Armutsbekämpfung,
- durch eine umfassende Beratung und Aufklärung von BürgerInnen über Rechte; Pflichten und Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch/Bundessozialhilfegesetz durch gut ausgebildete MitarbeiterInnen des Sozialamtes
- Für die (Wieder)Einrichtung der städtischen SchuldnerInnenberatung.
- Für den Aufbau einer örtlichen Dienstleistungsbörse“ / „Tauschring“. (dort können Menschen ohne finanzielle Mittel Dienstleistungen tauschen)

- für die Einrichtung eines Marktes für preisgünstige Lebensmittel. Dort können Menschen mit sehr geringem Einkommen Lebensmittel noch unter Discounterpreisen erwerben,
- Für die Einrichtung einer „Ennigerloher Tafel“, die es durch Sachspenden von Ennigerloher Lebensmittelmärkten oder Gastronomiebetrieben möglich macht, einkommensschwache MitbürgerInnen mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen.

Die Angebote sozialer Vereine/Verbände (z.B.) Horizonte werden eine größere Bedeutung erlangen.

Um dem Rechnung zu tragen, ist eine enge Kooperation zwischen sozialen Vereinen/Verbänden und Stadt notwendig.

Die GAL wird sich für die Bildung einer gemeinnützigen Stiftung einsetzen, die eine Förderung sozialer Projekte wie die o.a. zum Stiftungszweck haben wird.

## 2.1 Politik von Frauen für Frauen

Obwohl im Grundgesetz fest geschrieben ist, daß alle Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Rechte haben, fällt immer noch eine Mehrheit aus diesem Gleichheitsprinzip heraus: die Frauen.

Unser vordringliches Ziel ist die verstärkte Förderung der Beschäftigung und Ausbildung von Frauen. . Arbeit und Ausbildung zwischen Frauen und Männern muss gerecht verteilt werden. Es bedarf verbindlicher Frauenförderpläne ( nicht nur für die Stadtverwaltung), Quotenregelungen und wirksamer Sanktionen gegen Diskriminierungen sowie Kopplung der Vergabe öffentlicher Aufträge an innerbetriebliche Frauenförderung.

Auch in der Kommunalpolitik sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. In Ennigerloh sind von 32 Ratsmitgliedern gerade mal 8 Frauen, das sind 25%. Auch in Ennigerloh entscheiden also mehrheitlich Männer in der Politik, obwohl die Konsequenzen aus den Entscheidungen auf kommunaler Ebene überwiegend Frauen, Kinder und Jugendliche betreffen.

Wir fordern:

- die Einrichtung kostengünstiger ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kinder in allen Altersgruppen mit flexiblen Betreuungszeiten.
- die Rahmenbedingungen der Ratsarbeit so zu gestalten, daß auch Frauen mit beruflichen und familiären Verpflichtungen in der Kommunalpolitik arbeiten können.
- Geschlechtergerechte Sprache in Satzungen und Vorlagen,
- Eine frauengerechte Bauleitplanung, d. h. eine Planung, die es den Frauen ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Daher müssen Frauen in der Planung mit am Tisch sitzen, um ihre Forderungen erkennbar zu machen und ihre spezifischen Interessen vertreten zu können.

- Wir setzen uns dafür ein, daß auch die Gleichstellungsbeauftragte aktiv in die Bauleitplanung miteinbezogen wird.

## 2.2 Integration von MigrantInnen

In unserer Stadt leben, wie überall in Deutschland, zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund: „Gastarbeiter“ und „Gastarbeiterinnen“ der ersten, der zweiten und dritten Generation, Flüchtlinge aus vielen Ländern, Aussiedler und Aussiedlerinnen.

Obwohl ihr rechtlicher Aufenthaltsstatus sehr unterschiedlich ist – von Zugewanderten mit deutschem Pass bis zu Menschen, die lediglich geduldet sind, gibt es eine breite Staffelung – so ist allen doch eines gemeinsam: sie sind nicht integriert.

Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den wichtigen gesellschaftlichen Gütern und sie ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der jeden Einzelnen betrifft.

Der Integrationswilligkeit der MigrantInnen steht die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber. Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, bürgerschaftliche Mitverantwortung sind Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie müssen für alle Menschen Geltung haben, die dauerhaft in der Bundesrepublik leben.

Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss möglich sein, wobei die individuellen Ressourcen anerkannt und gefördert werden müssen.

Deshalb fordern wir

- Die interkulturelle Öffnung aller gesellschaftlichen Institutionen
- Eine integrationsfördernde Infrastruktur
- Individuelle Förderung im vorschulischen und schulischen Lernen
- Förderung von Erst- und Zweitsprachen, d.h. muttersprachlicher und Deutsch – Unterricht

Deutschland muss sich als Einwanderungsland begreifen und die Zugewanderten nicht als Last, sondern als Gewinn auffassen.

Eine besondere Gruppe unter den Zugewanderten sind die Flüchtlinge. Sie leiden mehr als andere Gruppen unter den politischen Verhältnissen in ihrem Herkunftsland. Daher gilt für uns

## **2.3 Asylrecht ist Menschenrecht**

Durch die Grundgesetzänderung 1993 wurde das Grundrecht auf Asyl unverantwortlich eingeschränkt (abgeschafft). Das jetzt geltende Asylrecht muß von der Bundesregierung schnellstens wieder geändert werden. Es ist unerträglich, daß für den Anspruch auf Asyl vorrangig der Fluchtweg und nicht Fluchtgründe ausschlaggebend sind. Die diskriminierenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes müssen ersatzlos gestrichen werden.

Unabhängig davon gilt es aber, den kommunalen Handlungsspielraum zu nutzen.

Menschenwürdige Mindeststandards, wie Zugang zu Gesundheitsversorgung, Schule und Ausbildung müssen allen Menschen gewährt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrecht. Sämtliche Behandlungskosten im Krankheitsfall müssen übernommen werden, eine Abweisung von Flüchtlingen in Krankenhäusern darf es nicht geben.

Für in Ennigerloh lebende Flüchtlinge sind Ermessensleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz offensiv zu nutzen, d.h. menschenwürdige Unterbringung, Flüchtlingsbetreuung, Schulbedarf für Kinder, medizinischen Behandlung bei Krankheiten.

## **2.4 Selbstbestimmtes Leben im Alter**

Der Anteil der älteren Mitmenschen in der Gesamtbevölkerung nimmt ständig zu. Dies bedeutet für den / die Einzelne/n ganz individuelle Probleme, auf die mit einem breiten Hilfsangebot reagiert werden muss.

Das Hauptziel unserer Altenpolitik ist es, älteren Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Auch im Alter muss eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich sein. Dies gilt sowohl für die Freizeitaktivitäten als auch für die Beteiligung alter Menschen an gesellschaftspolitischen Entscheidungen.

Das Projekt „Service Wohnen“, das gerade in der Innenstadt gebaut wird, ist ein richtiger Schritt auf dem Weg dazu. Hier können Menschen völlig selbstbestimmt leben, aber dennoch Dienstleistungen, die sie benötigen, unkompliziert in Anspruch nehmen – den „Service“ eben.

Zudem leben die älteren EinwohnerInnen mitten unter uns, dies sorgt für kurze Wege beim Einkauf und bei der Versorgung mit Dienstleistungen, z. B. Arztbesuch, Bank etc.

## **2.5 Schule, Jugend und Kinder**

Die Fülle von Aufgaben, die der Schule zugewachsen ist, kann mit der Beschränkung auf Unterricht allein nicht mehr bewältigt werden. Schulen müssen den realen Familiensituationen Rechnung tragen und mehr als früher auch Erziehungs- und Betreuungsaufgaben übernehmen. Sie müssen aber auch personell und materiell in die Lage versetzt werden, dies zu leisten.

Wir fordern daher die Ausweitung von Ganztagsangeboten in allen Schulformen. Dabei geht es nicht um die Verlängerung des Unterrichts bis in den Nachmittag, sondern um freiwillige Nachmittagsangebote sinnvoller Freizeitgestaltung und zusätzliche Fördermaßnahmen.



Auf kommunaler Ebene ist hierfür eine enge Verzahnung von quantitativer und qualitativer Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung notwendig. Dazu bedarf es auch einer partnerschaftlichen Entwicklung von Konzepten durch Schulen und Kommunen.

Wir fordern:

- Alle Kinder, die in einem Schulbezirk (Wohngebiet) wohnen, sollen unabhängig von ihrer Religion oder Nationalität dieselbe Grundschule besuchen können;
- Alle Kinder mit Behinderungen sollen möglichst ortsnah eine Regelschule besuchen können. Allerdings müssen die notwendigen Förderungen dabei gewährleistet und die Regelschulen dafür personell und organisatorisch ausgestattet sein.
- Beginnend mit der Grundschule müssen Ganztagsschulangebote eingerichtet werden.
- Die Schulwegsicherung muß im Rahmen der allgemeinen Verkehrsplanung vorrangig behandelt werden, problematische Brennpunkte müssen sinnvoll entschärft werden.
- Der Busverkehr muß besser auf die Stundenpläne der Schulen abgestimmt werden, damit Kinder weder unnötig früh aufstehen noch unnötig spät nach Hause kommen müssen.

## **Kinder**

Kinder wollen spielen. Die Spielmöglichkeiten für Kinder in unserer Stadt sind mangelhaft und stark eingeengt. Genormte Spielplätze machen das Spielen für Kinder langweilig und die vorhandenen Spielgeräte sind meist nur für Kindergarten- und Grundschulkindern geeignet.

Die GAL fordert:

- Die Ausweisung von Spielstraßen / Spielflächen

- Einrichtung eines „Spielmobils“, das von den JugendzentrumsmitarbeiterInnen betreut und für Kinder – und Straßenfeste ausgeliehen werden kann.
- Die Einrichtung eines betreuten Abenteuerspielplatzes
- Die Einrichtung von Bolzplätzen in allen Wohngebieten

## **Jugendliche**

Jugendliche benötigen Treffpunkte, an denen sie unter sich sind und ihre Freizeit nach ihren Vorstellungen gestalten können.

Die GAL fordert:

- Dass Jugendliche in jedem Ortsteil/ Wohngebiet von Ennigerloh einen eigenen Raum als „offenen“ Treffpunkt erhalten, den sie in Eigenverantwortung betreiben können.
- Das Angebot der Jugendarbeit soll gezielt auf die Arbeit mit Kindern ausgeweitet werden.
- Es soll ein Konzept erarbeitet werden, damit das Jugendzentrum als Begegnungsstätte für alle BürgerInnen genutzt werden kann
- Das Nachtbusangebot muss auf den Freitag ausgeweitet werden.

## **3. Ausblick:**

### **Eine nachhaltige Zukunft für Ennigerloh**

Die letzten Monate der kommunalen politischen Diskussion waren geprägt von dem Gedanken des Wachstums von und für Ennigerloh.

Sicherlich ist es richtig, eine Weiterentwicklung für Ennigerloh zu fordern, dennoch sollten wir uns fragen, wie denn diese Entwicklung aussehen soll. Wachstum um jeden Preis kann es wohl kaum sein. Schon 1972 stellte der *Club of Rome* „Die Grenzen des Wachstums“ fest. Was für die Welt gilt, gilt auch für Ennigerloh. Nachhaltige

Entwicklung ist hier gefragt, d.h.: wir dürfen einem System nur soviel entnehmen, dass dessen Lebensfähigkeit nicht beeinträchtigt wird. Ist dann die Ansiedlung neuer Lebensmittelmärkte, neuer Discounter die Antwort auf das Problem?

Riesige Flächen werden für die Märkte und vor allem deren Parkplätze versiegelt. Immer mehr „Lebensmittel“, werden angeboten, über deren Qualität sich streiten lässt, die lange Transportwege zurücklegen, die unsere Bauern vor Ort mit Dumpingpreisen ruinieren.

Arbeitgeber halten hier Einzug, die ihre Angestellten unter Tarif bezahlen, die Betriebsräte in ihren Unternehmen nicht dulden, die von den Gewerkschaften hart wegen unsozialer Arbeitsbedingungen kritisiert werden. Nachhaltigkeit?

Unsere Innenstadt und unsere EinzelhändlerInnen werden durch die Ansiedlung großer Märkte an der Peripherie geschädigt. Ein „liebens- und lebenswertes Ennigerloh“ braucht eine intakte Innenstadt, in der man sich zwanglos begegnen und miteinander reden kann.

Immer mehr Strassen müssen gebaut werden, obwohl es mittlerweile eine Binsenweisheit ist, dass Strassen Verkehr nach sich ziehen, dass die Belastungen durch den Straßenverkehr - Lärm, Co2 Ausstoß, Unfallgefahren - dadurch nicht minimiert werden. Nachhaltigkeit?

Immer mehr Baugebiete müssen ausgewiesen werden, obwohl klar ist, dass es einen Bauboom wie in den 70iger Jahren nicht wieder geben wird. Unsere Bevölkerung nimmt ab – in Ennigerloh genauso wie überall anders. Brauchen wir immer mehr Wohnraum und versiegelte Flächen für immer weniger Menschen? Nachhaltigkeit?

Wir sollten uns von dem Gedanken trennen, dass wir nun – Wachstum um jeden Preis – den Nachbarkommunen die EinwohnerInnen abjagen müssen.

Wir sollten uns anschauen, was unsere Aktivposten sind und wie wir behutsam daraus das Beste machen können.

Was nachhaltig ist und wofür die GAL sich einsetzt

- der schrittweise Umstieg auf regenerative Energien, auch Windenergie;
- der Erhalt und Ausbau sozialer Institutionen;
- der Erhalt der Bäder mit Kosteneinsparungen durch den Einsatz regenerativer Energien für die Erwärmung des Wassers und für Heizung
- der Erhalt und die Stärkung der Innenstadt zu einem lebendigen Zentrum, in dem man sich zwanglos treffen kann
- Umdenken in der Verkehrspolitik zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs und der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen
- eine behutsame Umgestaltung und Verkleinerung des Baugebietes „Auf dem Schleeberg“, wobei all die positiven Aspekte des Konzeptes – Regenwassernutzung, Grünflächenangebot, gestalterische Freiheit – auf jeden Fall beibehalten werden sollten.

Impressum

Andrea Hofer, Bernhard Haverkamp, Hans-Jürgen Goldkuhle